

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen**Organspende im Lande Bremen**

In Bremen wie auch bundesweit ist zu konstatieren, dass die Liste von kranken Menschen, die dringend auf eine Organtransplantation warten, in ihrem Umfang kontinuierlich länger wird. Eine Erhöhung der Anzahl der Organspenden ist daher notwendig, nunmehr über eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Studie der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (Forsa) im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) von September 2001 hat ergeben, dass die Bremer Bevölkerung im Vergleich zu anderen Bundesländern nur unzureichend über Thematik wie auch Problematik von Organspende informiert ist und sich im Ländervergleich grundsätzlich bislang nur wenig mit Organspende befasst hat. Während z. B. 14 % der bundesdeutschen Bevölkerung über einen Organspendeausweis verfügt, beträgt der Anteil für Bremen lediglich 8 %.

Dem Jahresbericht 2000 der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) ist darüber hinaus zu entnehmen, dass bundesweit bei potentiell geeigneten Organspendern in rund 40% eine Ablehnung durch die Angehörigen erfolgt und somit eine Organspende nicht realisiert werden kann. Auch hier werden gravierende Informationsmängel vermutet.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in diesem Jahr 2002 die Bemühungen um eine Erhöhung der Organspendebereitschaft in der Bevölkerung zu intensivieren. Hierbei sollte eine Einbindung der Bremer Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, der Bremer Krankenhausesellschaft, der Apothekerkammer, der Krankenkassen sowie der Medien in geeigneter Weise erfolgen. Selbsthilfegruppen sollten ebenfalls beteiligt werden.
2. In Absprache mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) sind geeignete Maßnahmen für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zu ergreifen wie z. B.:
 - Gestaltung eines Aktionstages im Haus der Bürgerschaft;
 - Wiederaufnahme der Ausgabe von Informationsunterlagen und Organspendeausweisen in den Einwohnermeldeämtern;
 - Entwicklung und Verteilung geeigneter Printmedien;
 - Initiative für die GMK, um bundesweit für die Erhöhung der Organspendebereitschaft zu werben.

3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Jahresende 2002 über die Umsetzung der Bemühungen für eine Erhöhung der Organspendebereitschaft zu berichten.

Waltraud Hammerström,
Böhrnsen und Fraktion der SPD

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

Doris Hoch,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen